



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 384 / 2012

Kiel, Freitag, 28. September 2012

Finanzen / Zusätzliche Stelleneinsparungen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Dr. Heiner Garg: Landesregierung muss endlich für Klarheit sorgen!

In seiner Rede zu **TOP 43** (Zusätzliche Stelleneinsparungen) erklärt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Mit den Haushaltseckwerten zum Haushalt 2013 wurden auch zusätzliche Stelleneinsparungen bekannt. In verschiedenen Bereichen sollen Stellen eingespart werden, um zusätzliche Lehrerstellen zu finanzieren. Besonders betroffen sind hiervon die Bereiche der Polizei und der Justiz, die zum Innenministerium gehören.“

Gleichzeitig ist die Arbeitsbelastung insbesondere bei der Polizei besonders groß. Sie schiebt einen Berg von über 315.000 Überstunden vor sich her. Allein im Jahr 2011 sind über 22.000 Überstunden hinzugekommen.

Dabei ist die Sorge der Polizei, dass die Landesregierung zusätzliche Stellen in diesem Bereich streicht, nicht ganz unbegründet. So heißt es im Wahlprogramm der SPD, ich zitiere: ‚Wir wollen die polizeiliche Aufgabenerfüllung auf gleichem Niveau halten. Die Einstellungszahlen sollen den demographischen Wandel in der Gesellschaft berücksichtigen.‘ Doch was soll das konkret bedeuten?

Verstärkt wurde diese Unsicherheit durch Äußerungen des damaligen Spitzenkandidaten und jetzigen Ministerpräsidenten Torsten Albig, der erklärte, es gäbe beim Stellenabbau keine Tabus. Es beruhigt nur vordergründig, dass Innenminister Andreas Breitner angekündigt hat, dass es keine Stellenstreichungen bei der Polizei geben wird, dass das Beförderungskonzept weitergeführt und weiterentwickelt wird, und dass die strategische Lücke anerkannt und geschlossen werden soll. Die FDP-Landtagsfraktion wird die Landesregierung an dieser Festlegung messen.

Weiterhin völlig unbeantwortet bleibt aber die Frage, wie und an welcher Stelle sich die Landesregierung die Stellenreduzierung vorstellt. Durch den bloßen Vorschlag zur weiteren Stellenreduzierung erhöht die Regierung den Abbau-druck enorm!

Es fehlen bisher jegliche Vorschläge der Landesregierung. Ich hätte mir gewünscht, dass man sich zunächst mit der Aufgabenreduktion beschäftigt, bevor

man zusätzliche Stellen streicht. Schon die bisher beschlossenen Stellenstreichungen stellen die betroffenen Ministerien vor große Herausforderungen. Wenn jetzt die Einsparvorgabe noch erhöht wird, läuft die Landesregierung Gefahr, dass die Aufgabenreduktion auf der Strecke bleibt.

Auch, wie die Landesregierung das Wahlversprechen der zusätzlichen Lehrerstellen mit den in der Konsolidierungsvereinbarung verabredeten Stelleneinsparungen in Einklang bringen will, bleibt bisher im Dunkeln. Selbst über die genaue Höhe versucht sie mit einem Zahlenwirrwarr hinwegzutäuschen!

Liegt es daran, dass Sie ein weiteres Wahlversprechen gebrochen haben? Eines steht jedenfalls jetzt schon fest: 700 Stellen werden es nicht werden. Wenn Sie die Hälfte der demographischen Rendite von 1.760 Stellen im System belassen wollen, also 880 Stellen, und die ehemalige Landesregierung 1.400 Stellen kürzen wollte, ergibt dies ‚nur‘ 520 zusätzliche Lehrerstellen. Diese sollen dann von Ihren Nachfolgern bis zum Jahr 2020 wieder weitgehend abgebaut werden.

Klarheit über das Abbauvolumen für den Haushalt 2013 haben wir bisher noch nicht gewinnen können. Die FDP-Landtagsfraktion erhofft sich von den kommenden Haushaltsberatungen, dass die Landesregierung endlich für Klarheit sorgt!“